

MORATORIUM JETZT!

Gemeinsame Stellungnahme

VON

*privatkopie.net, Chaos Computer Club, Grüne Jugend, Netzwerk Neue Medien,
LinuxTag e.V., ODEM.org, mikro e.V., FoeBuD e.V.,
I.D.I. Verband e.V., FITUG e.V., FlfF e.V.*

zum Entwurf des Gesetzes zur Regelung des Urheberrechts in der Informationsgesellschaft

(Bundestagsdrucksache 15/38)

Anlass

Am 29. Januar 2003 berät der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages den von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf zum Urheberrecht in der Informationsgesellschaft. Das ist voraussichtlich der letzte Schritt auf dem Weg zur Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundestag.

Stellungnahme

Die hier unterzeichnenden Institutionen, Initiativen und Personen wenden sich aus dem gegebenen Anlass an die Bundesregierung und die Mitglieder des Deutschen Bundestages.

Alle Bürger in Deutschland und Europa auf dem Weg in die Wissensgesellschaft sind betroffen.

Der vorliegende Gesetzentwurf - ebenso die zugrundeliegende EU-Richtlinie 2001/29/EG - entspricht den gesellschaftlichen Bedürfnissen an ein modernes Urheberrecht nicht. Trotz gegenteiliger Beurteilungen von Seiten der EU-Kommission und der Bundesregierung wird der Interessenausgleich verfehlt, den man von einem Gesetzgeber erwarten muß.

Das Urheberrecht wird von einem Schutz für Kreative zu einem bloßen Investitionsschutzrecht für die Unterhaltungsindustrie. Nicht die Urheber, nicht die Nutzer, sondern einzig die Medienkonzerne werden profitieren.

Es handelt sich um einen schwerwiegenden Eingriff in die bestehende Wissensordnung, deren Folgen selbst Experten kaum abschätzen können.

Während wir Europa über die möglichen Folgen nur spekulieren können, wurden in den USA bereits seit vier Jahren Erfahrungen mit dem Gegenstück, dem Digital Millennium Copyright Act (DMCA), gemacht. Diese Erfahrungen haben gezeigt, dass ein solches Gesetz legitime Aktivitäten von Konsumenten, Wissenschaftlern, Forschern, der Presse und der Öffentlichkeit einschneidend behindert. Die technische Forschung wird gebremst.

Das kann nicht im deutschen oder europäischen Interesse liegen!

Daher fordern wir ein Moratorium. Der Gesetzentwurf darf nicht wie vorgesehen in den nächsten Wochen verabschiedet werden!

Die Atempause, die das Gesetzgebungsmoratorium schaffen würde, erlaubte es uns allen, konstruktiv über Alternativen nachzudenken.

Berlin, den 28. Januar 2003